

Fristverlängerung für Arbeitgeber



Durch die Auswirkungen des Corona-Virus auf die Wirtschaft kämpfen viele Betriebe derzeit unter anderem mit ausbleibenden Einnahmen und damit verbundenen Liquiditätsproblemen. Um Arbeitgebern in der aktuellen Situation Erleichterungen zu verschaffen, haben sich das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, die Bundesagentur für Arbeit und die Integrations- sowie Inklusionsämter der Länder auf Entlastungen für die Arbeitgeber geeinigt.

In Bayern ist das Inklusionsamt bei der sozialen Landesbehörde Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) angesiedelt. „Private und öffentliche Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen mit regelmäßig mehr als zwanzig Arbeitsplätzen sind verpflichtet, eine vorgeschriebene Zahl von schwerbehinderten Menschen zu

beschäftigen“, erklärt **Dr. Norbert Kollmer, Präsident des ZBFS.**

Solange sie diese Verpflichtung nicht erfüllen, muss für jeden nicht besetzten Arbeitsplatz eine Ausgleichsabgabe entrichtet werden.

Die Frist zur Anzeige der nicht besetzten Pflichtarbeitsplätze und zur Entrichtung der Ausgleichsabgabe endet grundsätzlich zum 31. März eines jeden Kalenderjahres für das vorangegangene Kalenderjahr. „In Anbetracht der aktuellen Lage ist es nun möglich, die **nicht besetzten Pflichtarbeitsplätze für das Jahr 2019 bis spätestens 30. Juni 2020** zu melden. **Gleichzeitig wird ermöglicht, die Ausgleichsabgabe bis 30. Juni 2020 zu entrichten. Säumniszuschläge werden für diesen Zeitraum nicht erhoben**“, ergänzt Dr. Norbert Kollmer.